



Angaben zum Unternehmen und weitere Erklärungen

BfN-Vergabe-Nr. _____

Ausfüllhinweis:

Jedes bietende Unternehmen, auch Unterauftragnehmende sowie jedes Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschafts muss eine eigene Erklärung ausfüllen und einreichen.

1 Angaben zum Unternehmen

Bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) wird das BfN für das bietende Unternehmen, das im Rahmen des Vergabeverfahrens den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagsentscheidung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Gewerbeordnung (GewO) anfordern und zusätzlich gemäß § 6 Wettbewerbsregistergesetz (WRegG) eine Abfrage des Wettbewerbsregisters durchführen. Für die Anforderung der Registerauskunft bei den zuständigen Behörden werden die unter 1.1 bzw. 1.2 gemachten Angaben verwendet. Soll die Zuschlagserteilung bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) an eine Bietergemeinschaft erteilt werden, wird das BfN für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft eine Registerabfrage durchführen.

Wenn Sie ein Angebot über 30.000 EUR (ohne Umsatzsteuer) abgeben, tragen Sie bitte die für Sie zutreffenden Daten (juristische Person oder natürliche Person) in die folgenden Felder ein:

1.1 Angaben zur juristischen Person bzw. Personenvereinigung

Rechtsform:	
Registerart:	
Nummer der Eintragung:	
Registergericht:	
Name und Sitz (der Firma):	
Anschrift der Firma (sofern von „Name und Sitz“ abweichend):	

1.2 Angaben zur natürlichen Person (alternativ zu Ziffer 1.1)

Geburtsname:	
Familienname:	
Vorname:	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit(en):	

2 Weitere Erklärungen

Wir erklären als

- Bietende
- Nachunternehmende
- Mitglied der Bietergemeinschaft

das Folgende:

- Dem Angebot liegen nur die eigenen Preisermittlungen zugrunde. Mit anderen Bewerbenden wurde weder über die Preisbildung noch über die Gewährung von Vorteilen an Mitbewerbende Absprachen getroffen und dies erfolgt auch nicht nach Abgabe des Angebotes.
- Die allgemeinen Preisvorschriften, insbesondere die VOPR 30/53 vom 13.06.1989 sowie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.07.1957 (beide in der jeweils geltenden Fassung) wurden beachtet.
- Ich bin/wir sind nicht wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften im Sinne von
 - a) § 404 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,
 - b) § 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b und 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes,
 - c) § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung in den vergangenen beiden Jahren mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EURO belegt worden.
- Die Voraussetzungen zum Ausschluss von der Vergabe öffentlicher Aufträge nach § 19 Abs. 1 i.V.m. § 21 des Mindestlohngesetzes liegen nicht vor.
- Für den Fall, dass gemäß Vergabeunterlagen eine Vereinbarung zur Auftragsdatenvereinbarung geschlossen werden muss, verpflichte ich mich, diese im Fall des Zuschlags gemäß Anlage zu den Vergabeunterlagen abzuschließen.

- Ich bin mir/wir sind uns darüber hinaus bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von dieser und von weiteren Vergaben zur Folge haben kann.

Zusätzliche Verpflichtungserklärung für Nachunternehmende:

Ich/wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den Bietenden

die Leistungen zu erbringen, für die wir laut Angebot vorgesehen sind. Alle dafür erforderlichen personellen, sachlichen, finanziellen und sonstige Mittel stellen wir zur Verfügung.

Ort, Datum

Vor- und Nachname der zuständigen
erklärenden Person